

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 5. November 1956

Blatt 2182

## Gemeinde Wien kein Grundstückspekulant

=====

5. November (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 4. November, über die Bodenpolitik der Gemeinde Wien. Der Bürgermeister führte aus:

"Vor ganz kurzer Zeit hat ein Wiener Gemeinderat, der der Österreichischen Volkspartei angehört, bei einer Gleichfeier Mitteilungen über die Gemeinde Wien zu dem Zwecke gemacht, um sie in den Augen der Bevölkerung zu diffamieren. Er behauptete, daß nicht diese oder jene private Organisation, sondern die Gemeinde Wien der größte Grundstückspekulant der Bundeshauptstadt sei. Von 1945 bis jetzt hätten die Wiener Steuerträger 210 Millionen Schilling ausgeben müssen, damit die Gemeinde Wien der größte Grundbesitzer und der größte Hausherr Österreichs werden konnte. Praktisch bedeute dies, so sagte er, daß die Gemeinde Wien 40 Prozent der gesamten Nutzbodenfläche in ihrem Besitz habe.

Die Anschuldigung, daß die Gemeinde Wien der größte Grundstückspekulant sei, ja, daß sie sich überhaupt mit Grundstückspekulation abgäbe, ist von Seiten eines Wiener Gemeinderates so ungeheuerlich, daß ich meine sonst gewohnte Reserve aufgeben und der Bevölkerung die tatsächlichen Verhältnisse zur Kenntnis bringe. Vor allem muß ich festhalten, daß die Österreichische Volkspartei alle Vorschläge zur Schaffung eines brauchbaren und modernen Bodenbeschaffungsgesetzes mit dem Hinweis ablehnt, daß so ein Gesetz ein Raub am Eigentum wäre. Wenn die Gemeinde Grund brauche, so müßte sie ihn genau so wie jeder andere Interessent freihändig kaufen. Da nun die Gemeinde mangels eines Bodenbeschaffungsgesetzes

./.

seit Jahrzehnten den notwendigen Grund und Boden freihändig kauft, macht man ihr nun den Vorwurf, daß sie der größte Grundstückspekulant sei. Im normalen Sprachgebrauch spricht man dann von Spekulation, wenn jemand etwas kauft, um es dann später mit großem Gewinn wieder zu verkaufen. Ich fordere den Herrn Gemeinderat auf, der Öffentlichkeit bekanntzugeben, wann und in welchen Fällen die Gemeinde Wien eine solche Grundstückspekulation vorgenommen hat.

Ich möchte sagen, daß die Gemeinde gerade das Gegenteil tut. Denn alle Gründe, die sie ankauft, werden dadurch der Bodenspekulation entzogen, und das ist gewissen Kreisen ein Dorn im Auge. Und deshalb richten sie immer wieder ihre Angriffe gegen die Gemeinde Wien, um ihre eigenen Absichten zu verdecken. Die Wiener Steuerzahler haben ein Recht, auch über diesen Fragenkomplex eine wahrheitsgetreue und sachliche Darstellung zu erhalten, die ich ihnen hiemit geben will.

Da es in Österreich kein Bodenbeschaffungsgesetz gibt, ist die Gemeinde gezwungen, jeden benötigten Grund freihändig zu kaufen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie ihn über seinen wirklichen Wert bezahlen muß. Wenn sie die hohen Preise der Grundstücksspekulanten vermeiden will, so muß sie versuchen, durch fortwährende Ankäufe immer einen gewissen Vorrat an verwertbaren Gründen zu halten. Das kann nur so geschehen, daß sie alle ihr angebotenen preiswerten Gründe erwirbt, selbst wenn sie im Augenblick für einen bestimmten Bauzweck nicht gebraucht werden. Es kommt manchmal vor, daß solche Grundstücke für sich allein nicht verwertbar sind, aber es wird leichter sein, sie im Bedarfsfall zu ergänzen oder zu tauschen, als ein ganz neues großes Geländestück zu erwerben.

Neben der privaten Bautätigkeit wird es immer eine Bautätigkeit der Gemeinde geben müssen, wenn sie in ihrer Entwicklung nicht zurückgeworfen werden soll. Deshalb ist der Grundbedarf der Gemeinde für eigene Zwecke immer verhältnismäßig groß. Je fortschrittlicher eine Gemeinde ist, desto mehr öffentliche Einrichtungen stellt sie der Bevölkerung zur Verfügung, aber um so größer ist dann auch ihr Bedarf an Grund und Boden. Wenn eine Gemeinde nur wenig Grund besitzt, so ist das ein Zeichen dafür, daß sie sich um die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht kümmert.

Der letzte internationale Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau, der im Juli dieses Jahres stattfand, hat, wie so viele andere Kongresse, wieder einmal klar und deutlich ausgesprochen, daß die Voraussetzungen für eine gesunde Stadtplanung eine gesetzlich fundierte Bodenordnung ist und daß eine solche Bodenordnung durch eine weitschauende und umfassende Bodenvorratspolitik sehr erleichtert wird. Nicht wer die Häuser baut, sondern wer den Boden besitzt, bestimmt die Zukunft einer Stadt.

Tatsächlich ist der Grundbesitz der Gemeinde Wien nicht hinreichend, um auch in Zukunft ihre sozialen Aufgaben erfüllen zu können. Sie ist daher gezwungen, ständig neuen Grund zu erwerben. Sie ist stets bereit, gerechte Preisforderungen anzuerkennen und zu bezahlen. Sie verwaltet aber die Steuergelder der Bevölkerung und deshalb wäre es unverantwortlich, Liebhaberpreise zu bezahlen, die durch nichts gerechtfertigt sind und nur der Bereicherung einzelner dienen würden. Die Gemeinde ist bestrebt, durch ihre Bodenpolitik dem allgemeinen Interesse zu dienen und die Bodenspekulation womöglich zu verhindern.

Bei ihrer Bodenpolitik läßt sich die Gemeinde nur von streng sachlichen Gesichtspunkten leiten. Sie soll helfen, der Wiener Bevölkerung die reizvolle Umgebung ihrer Stadt zu erhalten und alle Voraussetzungen zu schaffen, ihre vielfältigen Bedürfnisse nach Wohnung und Erholung, nach Verkehr und Wirtschaft, nach Gesundheit und Kultur zu befriedigen. Unsere Bodenpolitik soll die Fehler der Vergangenheit ausmerzen und den modernen Auffassungen vom sozialen Städtebau zum Durchbruch verhelfen.

Das Stadtgebiet von Wien umfaßt eine Fläche von 41.409 Hektar. Davon sind nur etwas mehr als 10 Prozent, nämlich 4.377 Hektar als Bauland gewidmet, wie der Fachmann sagt, das heißt, nur diese Fläche ist für Bauzwecke vorgesehen. Und wozu sind die übrigen 90 Prozent des Wiener Gemeindegebietes da? Die wenigsten wissen, daß die Ackerflächen das Dreifache, Wiesen und Gärten das Zweifache und Wälder ebenfalls das Zweifache der Bauflächen ausmachen, der Rest entfällt auf anders genützte Flächen, vor allem auf Verkehrsflächen. Das Ausmaß der öffentlichen Straßen beträgt zum Beispiel 2.116 Hektar, also ein Gebiet, das halb so groß ist, wie die gesamten Wiener Baugründe.

Die Gemeinde Wien besitzt tatsächlich außerordentlich viel

Grundflächen im Ausmaß von 38.304 Hektar, aber davon liegen 21.747 Hektar außerhalb des Stadtgebietes. Es sind dies vor allem die großen Quellschutzgebiete der 1. und 2. Wiener Hochquellwasserleitung im Rax-Schneeberg-Gebiet und im Hochschwab-Gebiet. Dieser Grundbesitz wurde von der Gemeinde bereits vor Jahrzehnten erworben. Er ist die Voraussetzung für die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit gutem und einwandfreiem Wasser. Wer kann da von einer Grundstückspekulation reden?

Innerhalb des Stadtgebietes umfaßt der Grundbesitz der Gemeinde eine Fläche von rund 17.000 Hektar, das ist wohl eine imponierende Zahl, denn sie umfaßt 40 Prozent des ganzen Stadtgebietes. Diese Zahl muß man sich aber nun genauer anschauen, um feststellen zu können, ob die Gemeinde Wien vielleicht hier Grundstückspekulation betreibt. Da sind vor allem 4.868 Hektar Wälder, die von der städtischen Forstverwaltung betreut, als grüne Lunge unserer Großstadt dienen. Ebenso die städtischen Parks und Gartenanlagen im Ausmaß von fast 1.000 Hektar. Sie sind im Inneren der Stadt die grünen Wohnräume unserer Bevölkerung und sorgen als Erholungsflächen für Jung und Alt. Auf 720 Hektar städtischem Grund sind mehr als 20.000 Kleingärtner und einige tausende Ernteländler, die gegen eine geringe Pachtgebühr diese Gründe von der Gemeinde Wien in Anspruch nehmen. Die 47 städtischen Friedhöfe und die Urnenhaine beanspruchen ein Gebiet von rund 450 Hektar, das ist eine Fläche, die größer ist als die Bezirke Mariahilf, Neubau und Josefstadt zusammen. Auf rund 490 Hektar städtischer Grundfläche befinden sich 83 große Siedlungsanlagen mit 5.516 Siedlungshäusern.

Leider konnte ich wegen Zeitmangel nicht feststellen, welche Grundfläche die 1.400 städtischen Wohnhäuser beanspruchen, in denen sich rund 110.000 Wohnungen und 5.000 Geschäftsräume befinden. Für die Fortsetzung des Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien werden jährlich ungefähr 30 Hektar reine Baugründe benötigt, zu denen dann noch die entsprechende Zahl von Verkehrsflächen kommt. In diesem Zusammenhang möchte ich noch anführen, daß weitere 204 Hektar städtischen Baugrundes für Genossenschafts- und Eigenheimbauten nach dem sogenannten Baurecht zur Verfügung gestellt wurden, um auch die private Wohnbautätigkeit zu fördern. Auf diesen Gründen sind mehr als 6.500 Wohnungen mit Unterstützung der Gemeinde Wien

erbaut worden. Soweit die Gemeinde ihre Grundstücke nicht für ein konkretes Projekt braucht, werden sie fast alle an private Pächter vergeben, deren Zahl gegenwärtig 8.500 beträgt. In den meisten Fällen ist dieser städtische Pachtgrund die Existenzgrundlage oder zumindest eine Existenzsicherung des Pächters.

Die Verwaltung einer Großstadt hat darüber hinaus noch viele andere Aufgaben zu erfüllen, auf die ich hier nur ganz kurz eingehen kann. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß 72 Sportvereine nur deshalb existieren können, weil sie von der Gemeinde Wien gegen einen sehr geringen Pachtzins Sportplätze erhielten. Viel Grund nehmen die 13 städtischen Sommerbäder, 26 Kinderfreibäder und 25 Warmbäder in Anspruch; ebenso die rund 150 Kindergärten und Sommerkindergärten, die 288 städtischen Pflichtschulen, die in sehr vielen Fällen noch durch Schulgärten ergänzt werden. Dazu kommen noch 14 Berufsschulen und Lehranstalten für Frauenberufe. Von den Altersheimen, Jugendfürsorgeanstalten, Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, deren Gesamtzahl 45 beträgt, will ich nur das Altersheim und Krankenhaus Lainz mit 45 Hektar und die Pflegeanstalt "Am Steinhof" mit 90 Hektar erwähnen. Für die Versorgung der Bevölkerung dienen 22 Märkte, drei Schlachthöfe und Viehmärkte, die ebenfalls viel städtischen Grund belegen.

Es ist hier gar nicht möglich, alle notwendigen städtischen Einrichtungen zu erwähnen, die nur dann funktionieren können, wenn ihnen der notwendige Grund und Boden zur Verfügung gestellt wird. Abschließend möchte ich aber doch noch den Grundbedarf für die 32 städtischen Feuerwachen erwähnen, die notwendigen Lagerplätze für Baumaterialien und für die Müllabfuhr, den Grundbedarf der 17 Straßenbahnhöfe und der städtischen Autobusbetriebe, der zwei Gaswerke, zwei Elektrizitätswerke und 12 Umspannwerke!"

#### Hilfe für die Flüchtlinge

Vor seinem Vortrag appellierte Bürgermeister Jonas an die Wiener Bevölkerung, den Flüchtlingen aus Ungarn zu helfen. Der Bürgermeister sagte:

"Als in der Mitte der vorvergangenen Woche die ersten Nachrichten über die Ereignisse in Budapest eintrafen, hielten nicht nur wir, sondern die ganze Welt, den Atem an. Die Wiener Bevölkerung überwand sehr schnell die erste Überraschung und tat das

einzig Richtige: sie mobilisierten ihre Herzen. Binnen weniger Stunden wurden in allen Kreisen der Bevölkerung Hilfsaktionen organisiert, die einen ungeahnten Widerhall fanden. In wenigen Tagen türmten sich die Liebesgaben zu Bergen und schon konnten die ersten Transporte an die ungarische Grenze abgehen. Die Wiener Bevölkerung übertraf sich selbst in ihrer Hilfsbereitschaft und gab damit der übrigen Welt ein leuchtendes Beispiel. Aus vollem Herzen danke ich allen, die zu dem großartigen Erfolg der Wiener Hilfsaktionen beigetragen haben, vor allem aber jenen, die aus einem schmalen Beutel zur Ungarnhilfe so begeistert beitrugen.

Leider kommen seit heute früh Nachrichten aus Ungarn, die uns alle tief bestürzen. Die Kampfhandlungen haben wieder begonnen, die sowjetischen Truppen haben aktiv eingegriffen, alle wichtigen Punkte bereits besetzt und eine neue ungarische Regierung gebildet. Im Augenblick ist nicht daran zu denken, weitere Hilfssendungen nach Ungarn abgehen zu lassen, da alle Grenzstellen gesperrt sind, aber auch niemand die Garantie hätte, daß die Hilfssendungen in die richtigen Hände kommen.

In diesen Stunden sind unsrer aller Gedanken bei den heldenhaften Kämpfern der ungarischen Freiheitsbewegung. Ihre Opfer werden trotz allem nicht vergeblich sein. Wir stehen nun vor der Aufgabe, den vielen Flüchtlingen zu helfen, die seit heute früh bereits zu Tausenden auf österreichisches Gebiet gekommen sind. Es sollen viele Frauen mit ihren Kindern darunter sein. Sie mußten plötzlich ihre Heimat verlassen und ein ungewisses Schicksal auf sich nehmen.

Es ist wohl in erster Linie Aufgabe des Staates, für die Flüchtlinge zu sorgen. Im Namen der Menschlichkeit bitte ich aber alle Wienerinnen und Wiener, wenn der Ruf an sie ergeht, auch den Flüchtlingen zu helfen!"

- - -

Großer Transport der Aktion "Berlin hilft Ungarn" in Wien  
=====

eingetroffen  
=====

5. November (RK) Gestern ist ein großer Lebensmitteltransport der Aktion "Berlin hilft Ungarn" in Wien angekommen. Es handelt sich dabei um mehr als 20.000 Kilogramm hochwertige Kindernährmittel und Kakaopulver. Stadtrat Afritsch, der den Transport im Namen der Gemeinde Wien übernommen hat, benachrichtigte sofort telegraphisch den Regierenden Bürgermeister von Berlin Prof. Dr. Suhr vom wohlbehaltenen Eintreffen dieser erstklassigen Nahrungsmittel. Diese werden sofort für die Verköstigung von Flüchtlingskindern aus Ungarn verwendet werden.

- - -

"Schöpferische Freiheit des Kindes"  
=====

5. November (RK) Das Volksbildungshaus Margareten veranstaltet in der nächsten Zeit eine Ausstellung unter dem Titel "Schöpferische Freiheit des Kindes". Die Ausstellung befaßt sich mit der psychologischen Ausdeutbarkeit der Kinderkunst im Ausdruck und in der Gestaltung. Dabei werden die innersten Zusammenhänge zwischen der persönlichen geistig-seelischen Prägung des einzelnen Kindes und seinen gestalterischen Äußerungen untersucht. Die Ergebnisse sind für die jugendkundliche Forschung und pädagogische Psychologie von außerordentlicher Wichtigkeit.

Die Eröffnung der Ausstellung wird Stadtschulratspräsident Dr. Zechner am Samstag, dem 10. November, um 15 Uhr, im Volksbildungshaus Margareten, 5, Stöbergasse 11-15 vornehmen. Die Ausstellung bleibt bei freiem Eintritt bis 8. Dezember täglich von 9 bis 12 und von 14 bis 21 Uhr geöffnet.

- - -

Den ungarischen Kindern wird geholfen  
=====

5. November (RK) Wie wir vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien erfahren, hat die Gemeinde Wien bereits Sonntag mit umfangreichen Vorbereitungen für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlingskinder aus Ungarn begonnen. Das Jugendamt hat sich zu allererst der kleineren Kinder angenommen. Städtische Autobusse sind unterwegs, um vor allem Säuglinge und Kleinkinder von der Auffangstelle Traiskirchen in die städtischen Kinderheime in Gaaden und Eichbühel zu bringen. Noch heute werden auf diese Art mindestens 200 Kinder ein freundliches und friedliches Obdach mit liebevoller Pflege bekommen. Morgen wird ein weiterer Kindertransport durch die Gemeinde Wien in das Heim nach Unter-Oberndorf und übermorgen ein Transport in das Kinderheim nach Emmersdorf gebracht. Ein Kindertransport wird morgen Dienstag auch in das Heim Kohlreitberg bei Neulengbach abgehen, das der "Volkshilfe" gehört.

Heute kommt aber auch eine Gruppe von ungarischen Müttern gemeinsam mit ihren Kindern direkt nach Wien. Die Mütter werden provisorisch im Schulungsheim der Aktion "Jugend am Werk" in der Grundsteingasse Platz finden, während ihre Kinder Pflegeplätze in der Nachbarschaft erhalten, sodaß sich die Mütter von ihren Kindern nicht vollständig trennen brauchen.

Dr. Arnäus von der schwedischen Hilfsorganisation "Rädda Barnen", der sich gegenwärtig in Wien (Hotel Sacher) aufhält, steht mit dem Wohlfahrtsamt der Stadt Wien in engem Kontakt. Er hat zugesagt, die schwedische Regierung zu ersuchen, daß schon in ganz kurzer Zeit ein Kindertransport nach Schweden abgehen kann.

Die von der Gemeinde Wien übernommenen Flüchtlingskinder werden gegenwärtig gebadet, geimpft, gut gepflegt und vor allem beruhigt. Es ist zu erwarten, daß bis Ende dieser Woche sämtliche Flüchtlingskinder eine neue Heimstatt gefunden haben werden.

Belgischer Verkehrsminister besucht Bürgermeister Jonas  
=====

5. November (RK) Der belgische Verkehrsminister Dipl.-Ing. Eduard Anseele, der Samstag zu einem kurzen Besuch in Wien eingetroffen ist, besuchte heute mittag mit Herren seines Ministeriums das Wiener Rathaus. Bürgermeister Jonas empfing den belgischen Gast in seinem Arbeitszimmer.

- - -

Personalnachricht  
=====

5. November (RK) Bürgermeister Jonas hat Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Anton Reich zum neuen Leiter der Magistratsabteilung 26, Gebäudeerhaltung, bestellt.

- - -

## Rinderhauptmarkt vom 5. November

=====

5. November (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 7 Ochsen, 7 Stiere, 48 Kühe, Summe 62. Neuzufuhren Inland: 270 Ochsen, 215 Stiere, 896 Kühe, 141 Kalbinnen, Summe 1522. Zufuhren Jugoslawien: 9 Stiere, 11 Kühe, Summe 20. Gesamtauftrieb: 277 Ochsen, 231 Stiere, 955 Kühe, 141 Kalbinnen, Summe 1604. Verkauft wurde bis auf 2 Ochsen, 1 Stier und 1 Kuh alles.

Preise: Ochsen 9.- bis 11.70, extrem 11.80 bis 12.-; Stiere 10.20 bis 11.70, extrem 11.80 bis 12.-; Kühe 8.- bis 10.20, extrem 10.30 bis 10.50; Kalbinnen 10.20 bis 11.50, extrem 11.60 bis 12.-; Beinlvieh Kühe 6.50 bis 8.60, Ochsen und Kalbinnen 8.- bis 10.-. Für Inlandrinder ermäßigte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen und Kühen um 9 Groschen, bei Stieren um 4 Groschen und erhöhte sich bei Kalbinnen um 24 Groschen je Kilogramm. Beinlvieh notierte behauptet. Die Durchschnittspreise betragen demnach: Ochsen 10.20, Stiere 10.79, Kühe 8.23, Kalbinnen 10.38. Jugoslawische Stiere notierten von 10.70 bis 11.40, Kühe von 8.50 bis 9.50 S.

- - -